



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033

E: kontakt@friedenszentrum.info

IBAN: DE68 2509 0500 0000 9291 23

15. Dezember 2016

Rundbrief 4-16

Liebe Mitglieder und Interessierte!

Die Bilder, die die Öffentlichkeit derzeit aus Aleppo erreichen, sind grauenhaft - so wie alle Bilder aus heftig umkämpften Kriegsgebieten.

Das Friedenszentrum Braunschweig möchte aus diesem Anlass noch einmal - wie schon so häufig in der Vergangenheit - darauf hinweisen, zu welchen entsetzlichen Konsequenzen es führt, wenn immer mehr und immer perfekter tötende Waffen auf diesem Planeten angehäuft werden.

Bei aller Trauer und Wut sind allerdings auch kritisch-nüchterne Anmerkungen angebracht: Die Gefahr ist groß, ins Lagerdenken zu verfallen. Das Friedenszentrum, das während des Kalten Krieges weder auf der einen noch auf der anderen Seite stand, vermeidet auch hier Schwarz-Weiß-Denken. Es gibt nach unserer Überzeugung im Syrienkonflikt weder die „Guten“ noch die „Bösen“, sondern nur interessengeleitete, strategisch ausgerichtete Machtpolitik.

Der Westen unterstützte die Aufstandsbewegung in Syrien im Zuge des „Arabischen Frühlings“ auch dann, als sie nicht mehr mit friedlichen Mitteln kämpfte. Das war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Assad antwortete auf brutale Weise mit einem Verstoß gegen die Genfer Konvention. Der Konflikt wird verstärkt durch den Kampf um die Hegemonie in der Region, der zwischen dem schiitischen Iran und den sunnitischen Mächten Saudi-Arabien und Türkei (Verbündete des Westens) ausgetragen wird und durch die Intervention der beiden Großmächte, die beide um Einfluss im Nahen Osten ringen. Die Leidtragenden sind die Zivilisten, vor allem um Aleppo.

Notwendig wäre eine Mittel-Ost-Konferenz nach Vorbild der OSZE, an der alle kriegführenden Parteien beteiligt werden. Auf einer solchen Konferenz sollten die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt und nach Lösungen gesucht werden, um eine umfassende Friedenslösung im Nahen und Mittleren Osten zu erreichen.

Das Friedenszentrum sieht die Wahrung der Menschenrechte und des Völkerrechts als oberstes Prinzip an, es setzt sich dafür ein und verurteilt das Vorgehen auf beiden Seiten. Wir sehen uns bestätigt in unserem Bemühen, auf eine Welt ohne Waffen hinzuarbeiten.

Wir haben beschlossen, dem Träger*innenkreis der Kampagne "MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien" beizutreten und unsere Forderungen und die Kampagne damit nicht nur finanziell (50 €/Jahr), sondern vor allem auch politisch zu unterstützen!
<http://www.macht-frieden.de/>

Wir haben nicht Terror wegen der vielen Flüchtlinge, sondern wir haben so viele Flüchtlinge wegen Terror.

Der Vorstand des Friedenszentrums Braunschweig e.V.

Ein Mahnmal für Braunschweiger „Euthanasie“-Opfer

Es gibt bereits konkrete Vorschläge für den Standort **auf dem Stadtfriedhof**, für die Form und die Gestaltung, an der sich eine Schülergruppe der IGS Peine im Rahmen des Oberstufen-Seminarfachs „Kunst im öffentlichen Raum“ beteiligt.

Die Idee entstand im Rahmen der Schülersausstellung „Hingesehen – Weggeschaut“, während der SchülerInnen der IGS Peine eine Unterschriftensammlung für ein Mahnmal initiierten. Auch die Mitglieder der Initiative „Grauer Bus“ haben die Liste unterzeichnet, die weiterhin in der Gedenkstätte Friedenskapelle zur Unterstützung des Anliegens während der Öffnungszeiten (dienstags 10 bis 12 Uhr, donnerstags 15 bis 18 Uhr) ausliegt. Das Friedenszentrum unterstützt diese Idee.

Anlass war auch Regina Blumes Lesung am **23. Oktober in der Friedenskapelle, Schicksalsweg zweier Zwangsarbeiter Lodz - Auschwitz - Braunschweig ...**, die Wege von Henry Tovey und David Rozenberg, beide jüdische Zwangsarbeiter im KZ-Außenlager Schillstraße. Dazu ihre Buchempfehlung (die ich gerne weitergebe):
Rosenberg, Göran: „Ein kurzer Aufenthalt auf dem Weg von Auschwitz.“ *Gudula Wegmann*

Berichte

8. Oktober, Friedensdemo in Berlin: Die Waffen nieder

Wir waren Tausende - über Organisationsgrenzen hinweg. Aber wir müssen wieder mehr werden:

- Für das Ende deutscher Kriegsbeteiligung.
- Für das Ende der Kriege.
- Für Kooperation statt Konfrontation.
- Für internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

10. November in Berlin: Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“.

Am Tag der Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehrmandats für Syrien, kamen rund 100 UnterstützerInnen vor dem Reichstag in Berlin zusammen. Dort trugen sie die Forderung nach zivilen Lösungen für Syrien symbolisch mit einem 100 m² großen Banner zu den Abgeordneten im Parlament. VertreterInnen verschiedener an der Kampagne beteiligten Gruppen haben ihre Appelle an die Verantwortlichen im Bundestag gerichtet.



Abgeordnete der Grünen und der Linken, MusikerInnen der "Lebenslaute" (und auch Hubert Schipmann und Gudula Wegmann vom Vorstand) haben an der Aktion teilgenommen.

**Allen unseren Mitgliedern und allen, die Interesse an unserer Arbeit haben,
wünschen wir alles Gute für 2017.**

*Mit Friedensgrüßen: Burkhard, Elke Almut, Frieder, Gabi, Gudula, Hubert, Inge
und einem Zitat von Friedrich Hölderlin aus Inges Vortrag am 1.12. in der AJA:*

„Wurzel alles Übels

Einig zu sein, ist göttlich und gut; woher ist die Sucht denn

Unter den Menschen, dass nur Einer und Eines nur sei?“

17. November, Abt-Jerusalem-Akademie:

Braunschweiger Friedenskakao trifft Braunschweiger Löwen im Dschungelgarten.

Text und Bild mit freundlicher Genehmigung aus:

<http://www.fair-in-braunschweig.de/produkte/braunschweiger-schokoladenloewe/> :

Kakao statt Coca – Frieden statt Krieg – Zukunft statt Elend.



Dieser Friedens-Löwe ist das Symbol für die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit in einem schönen und schwierigen Land. Der kolumbianische ›Kakao des Friedens‹ dient der Gerechtigkeit für Mensch und Natur. Sie unterstützen mit dem Kauf dieser Löwen-Schokolade die Familien der Kakaobauern und den legalen Anbau von Pflanzen. In der **mittelalterlichen Symbolik** steht der Löwe für **Gerechtigkeit** und Schutz der Schwachen. Dieser Schokoladenlöwe, der nach dem Vorbild des Braunschweiger Burglöwen geformt ist, steht nicht nur symbolisch in dieser Tradition. Der Kakao dieses Löwen kommt aus der kolumbianischen Provinz Caqueta, bisher bekannt für Coca-Anbau und Guerillakrieg.

Der kolumbianische „**Kakao des Friedens und der Hoffnung**“ dient der Gerechtigkeit für Mensch und Natur. Der Anbau von Kakao in dieser Provinz ersetzt Coca-Pflanzen und sorgt in ihren Gemeinden und Familien für Friedenshoffnung: Frieden in Kolumbien nach 53 Jahren Krieg und 220.000 Toten.

25. November, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen,

Ausstellungseröffnung in Wolfenbüttel, Kreisverwaltung:

„Ohne Frauen keinen Frieden“ (1000 peace women across the globe).

Die Veranstalterinnen (die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises und das Frauenschutzhaus Wolfenbüttel) haben das Friedenszentrum gebeten, zu diesem Anlass mit einer kurzen Rede auf die Bedeutung hinzuweisen, die Frauen in Friedensprozessen haben.

Diese Ausstellung geht auf die Initiative einer Schweizer Politikerin zurück, die 1000 Frauen in 150 Ländern gefunden hat, die sich für Frieden einsetzen. Sie sollten für den Friedensnobelpreis 2005 nominiert werden.

Den Preis haben sie nicht bekommen, aber ihre Porträts und Berichte über ihre Arbeit wurden in einem Buch zusammengestellt und veröffentlicht. Daraus ist diese Ausstellung entstanden.

Das Braunschweiger Frauenbündnis 8.März wird die Ausstellung im kommenden März im Rahmen des Internationalen Frauentags in der Alten Waage in Braunschweig zeigen, im April dann in der Stadtbibliothek.



PeaceWomen Across the Globe

FRIEDENSFRAUEN WELTWEIT

نساء من أجل السلام عبر العالم

Femmes de Paix Autour du Monde

Женщины мира за мир на земле

MUJERES DE PAZ EN EL MUNDO

Mulheres pela Paz ao redor do Mundo

DONNE DI PACE NEL MONDO

ピースウーマン—国境を越え平和をつくる女たち

全球和平妇女

Gabriele Canstein und Gudula Wegmann

Friedensratschlag in Kassel

<http://www.friedensratschlag.de/?Startseite:23>. **Friedensratschlag 2016**

Am ersten Dezemberwochenende fand der 23. Friedensratschlag in Kassel statt: Mehr als 400 Leute nahmen teil, und hochkarätige VertreterInnen der Friedensbewegung aus der gesamten Bundesrepublik, aus Österreich und der Schweiz referierten zu den Themen Konfliktregionen, Militarisierung und Aktionsorientierung: Willi van Ooyen, Dr. Erhard Crome (Institut für

Gesellschaftsanalyse), Sevim Dagdelen (Die Linke, MdB), Konrad Ott (IG Metall), Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund), Dr. Werner Ruf, Prof. Dr. Jörg Becker, die Journalistin Karin Leukefeld aus Bagdad, Conrad Schuler, Dr. Matin Baraki und viele andere mehr. Ein wichtiges Treffen zum Austausch, zur Vernetzung und zur Vorstellung von Kampagnen, die wir vom Friedenszentrum Braunschweig unterstützen.

Weiterlesen: <http://www.friedenszentrum.info>

Elke Almut Dieter

Vorträge aus unserer VHS-Reihe "Wege zu einer Kultur des Friedens":

15. September:

Türkei - die Spirale der Gewalt unterbrechen? Referentin: Dr. Christine Schweitzer

Der Bund für Soziale Verteidigung, dem die Referentin angehört, erstrebt die gewaltfreie Austragung von Konflikten und möchte Militär und Rüstung abschaffen. Er zielt vor allem auf die Selbstverteidigung der Zivilgesellschaft, da diese unter militärischen Konflikten am meisten leidet.

Die Referentin schilderte die Situation in der Türkei als verfahren, da das 2014 geschlossene Abkommen zwischen der Türkischen Regierung und der PKK (Öcalan) von der Türkei 2015 aufgekündigt wurde, worauf auch die Kurden den Kampf wieder aufnahmen.

Wirkungsvoll erscheinen regionale Ansätze, vor allem für Menschenrechte.

- volle BürgerInnen- und Schutzrechte der eigenen Kultur für KurdInnen und andere Minderheiten (wie z.B. In Finnland und Schleswig-Holstein)
- Föderalisierung (wie in Deutschland, Großbritannien)
- Völlige Autonomie (wie die der Kurden im Irak; Südtirol in Italien)
- Gründung eines eigenen Staates

Oppositionelle Gruppen in der Türkei äußern sich nicht „auf der Straße“, sondern im Internet. Doch auch Europa müsste eingreifen, um vor allem die Rechte der Kurden zu stärken (PKK nicht mehr als terroristische Organisation verdammen). Dazu braucht es zivile Unterstützung der Bevölkerung.

Die EU könnte Druck auf die Türkei aufbauen durch:

- Aussetzen der EU-Beihilfe,
- Unterbrechen der Beitrittsverhandlungen,
- gezielte Sanktionen, z.B. Reiseverbot für bestimmte Personen,
- Stopp der Rüstungsexporte,
- Instrumente der OSZE,
- Anerkennung des Konflikts im Osten als bewaffneter Konflikt (nicht als Kampf gegen den Terrorismus).

Der Schutz der Zivilbevölkerung ist Aufgabe des Staates. Hier könnten Monitoring, ziviles Peacekeeping (Training von Aktivisten z.B. durch NGOs), UN-Missionen oder Petitionen hilfreich sein. Und weiterhin Partnerschaft mit einzelnen Gruppen, materielle Hilfen, gemeinsame Publikationen und Aufrufe.

Angesichts der desolaten Situation schienen die Ausführungen der Referentin wenig geeignet, Optimismus zu verbreiten.

Dr. Inge Gerlach / Gabriele Canstein

20. Oktober

Cyberwar - Cyberpeace: "Die Bundeswehr zieht ins Cyberfeld"

Referent: Thomas Reinhard (IFSH - Institut für Friedensforschung ..., Universität Hamburg)

Cyberangriffe erfolgen durch offensiv in Computer(-Netze) eindringende Schadsoftware. Sie schaffen neue Perspektiven für Kriegs- und Verteidigungsstrategien und setzen eine neue Aufrüstungsspirale in Gang, wenn es nicht gelingt, im Sinne von „Cyberpeace“ vertrauensbildende Maßnahmen zu etablieren.

Etliche Probleme im „Cyberspace“, z.B:

- Fehlen einer allgemein gültigen und anerkannten Definition von Cybersicherheit sowie von Grenzen und nationaler Souveränität.
- Identifizierung von Angriffen und Angreifern im Cyberraum und ihre völkerrechtliche Bewertung.
- Unabsehbare Folgen einer Eskalations-Dynamik.

Die zu Grunde liegende Informationstechnik bietet für die Forschung eine typische „Dual Use“-Situation (zivile-/militärische Nutzbarkeit). Auch Defensivsysteme sind im Sinne der Friedensforschung zu kontrollieren, zu regulieren, ggf. zu unterbinden. Denn „perfekte“ würden ungestraft Angriffe ermöglichen.

Gudula Wegmann

24. November:

Reicht unsere parlamentarische Demokratie noch aus?

Diskussion mit VertreterInnen der Ratsfraktionen. (Moderation Dr. Inge Gerlach)

Der Referent, der über den defizitären Zustand unserer parlamentarischen Demokratie hätte sprechen sollen, war erkrankt; daher standen die eingeladenen Vertreter der Ratsfraktionen im Mittelpunkt, und die Diskussion befasste sich primär mit kommunalen Problemen.

Erschienen waren: Dr. Elke Flake von den Grünen, Denis Scholz von der SPD, Udo Sommerfeld von den Linken, Peter Rosenbaum von der BIBS, der gleichzeitig die Position der Initiativen vertrat, sowie Christian Bley als Vertreter der Piraten. (Die CDU hatte aus Zeitmangel niemand geschickt; die FDP und „Die Partei“ hatten auf die Einladung nicht reagiert.) Um es vorweg zu nehmen: Alle Ratsvertreter diskutierten lebhaft und engagiert, so dass beim Publikum – darunter ein Politikkurs des Abendgymnasiums – keine Langeweile aufkam.

Einleitend hatte die Moderatorin auf den zunehmenden Populismus und die steigende Zahl der Nichtwähler verwiesen als Symptome eines Schwächezustands der Demokratie.

Demgegenüber vertrat Frau Flake die Auffassung, dass der parlamentarischen Demokratie auf kommunaler Ebene wegen ihrer Allzuständigkeit die Zukunft gehöre. Auch Scholz unterstrich die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie, wohingegen Sommerfeld auf die oft ungenügende Repräsentanz der Vertretungsgremien verwies. Peter Rosenbaum erläuterte, dass das Engagement in einer Initiative zu begrüßen sei, wenn es emanzipatorischen Charakter trage. Es wirke politisierend: Wer sich für ein Problem engagiere, entwickle auch Sinn für andere Probleme.

In diesem Zusammenhang ist auch der Bürgerhaushalt zu erwähnen, der – ggf. mit Hilfe der Bezirksräte - für Bürger-Projekte und -Anliegen genutzt werden kann, auch wenn die Verwaltung dafür anscheinend nicht unbedingt gerne wirbt.

Beklagt wurde das Fehlen eines niedersächsischen Informationsgesetzes, das mehr Transparenz ermöglichen würde. Dass Braunschweig Informationsfreiheit gewährt, reiche nicht aus. Auch die Grenzen der kommunalen Zuständigkeit wurden sichtbar: Freiheit von Kitagebühren beispielsweise, wie sie im zurückliegenden Wahlkampf verlangt worden war, liegt, da es sich um einen Bildungsauftrag handelt, im Zuständigkeitsbereich des Bundes. Für Politiker wie für das Publikum war es ein erkenntnisfördernder Abend.

Inge Gerlach

Zur aktuellen Politik:

Konflikte und Kriege rücken näher:

Die ungeklärte Lage der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Asylanträge türkischer Soldaten aus dem NATO-Hauptquartier in Ramstein wohlwollend zu prüfen. Dies könne die Gewährung von Asyl, dies könne aber auch ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland sein, meint die EAK. „Eine Kriegsdienstverweigerung ist in der Türkei völlig ungeklärt. Für die Soldaten, die gerade in der jetzigen politischen Situation in diesem NATO-Land einen solchen Schritt gehen, hätte

eine Rückkehr in ihre Heimat völlig unabsehbare Folgen“, warnt Dr. Christoph Münchow, der EAK-Bundesvorsitzende.

Kürzlich war bekannt geworden, dass in Rheinland-Pfalz mehrere türkische Soldaten vom Hauptquartier der NATO-Luftstreitkräfte im pfälzischen Ramstein und auch deren Familienmitglieder in Deutschland Asyl beantragt haben.

„Durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht anerkannt. Ihr Schutz ist deshalb für die Mitgliedsstaaten des Europarats verbindlich zu gewährleisten. Doch das Europaratsmitglied Türkei hat hier keine klaren Regeln und Gesetze erlassen, die Situation von Kriegsdienstverweigerern ist in diesem Land daher äußerst unsicher. Aus diesem Grund wäre es nicht zu verantworten, wenn die Soldaten nun gegen ihren Willen zurück in die Türkei müssten“, unterstreicht EAK-Bundesvorsitzender Münchow.

Deutschland müsse klare Positionen beziehen und Kriegsdienstverweigerern, denen in ihrem Heimatland Verfolgung, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Gefängnis drohe, Schutz bieten, forderte auch EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf. „Hier brauchen wir klare Regelungen und deutliche Aussagen seitens der Bundesregierung“, so Burggraf weiter. Für ihn ist klar: „In der derzeitigen unklaren politischen Situation in der Türkei muss sicher sein, dass diese Soldaten in unserem Land bleiben dürfen.“

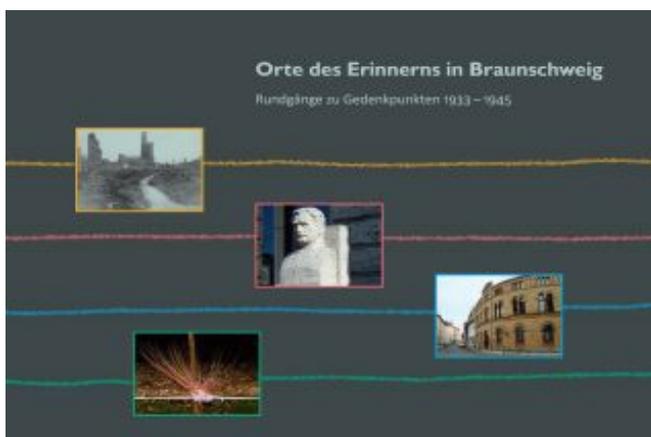
aus: <http://www.eak-online.de/aktuelles/eak-asylantraege-tuerkischer-soldaten-wohlwollend-pruefen>

Termine:

19.01. , 19:00 VHS Alte Waage 15	WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS Peace-Force - Wie kann man den IS mit zivilen Mitteln stoppen? Referentin: Kathrin Vogler (MdB Die Linke)
16.02. , 19:00 VHS Alte Waage, Foyer	WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS Das neue Weißbuch der Bundeswehr, Referent: Jürgen Rose
16.03. 19:00, Brunsviga	Die Berliner Compagnie: Das Bild vom Feind
13. oder 14.03. , 19:00	WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS Die japanische Aufrüstung, Referent: Dr.Klaus Schlichtmann,Tokio
20.3.	20 Jahre Friedenszentrum mit Dietrich Küssner und H. W. Fechtel

Unsere Broschüre

„Orte des Erinnerns in Braunschweig – Rundgänge zu Gedenkpunkten 1933 – 1945“ ist wieder verfügbar.



Wir können was tun, bitte unterzeichnen: **Für die Bestrafung von Kriegsverbrechern**

<http://diy.rootsaction.org/petitions/people-of-the-u-s-and-world-ask-icc-to-prosecute-u-s-war-crimes>

Gegen die Erhöhung des Wehretats - wird endgültig im Februar abgestimmt:

<http://www.heidemarie-langer.de/pdf/Unterschriftenaktion%20Frieden.pdf> (Geht leider nicht Online!)

Regelmäßiger Friedenszentrumstreff: dienstags 16 – 18 h, Goslarsche Str. 93 RB 4 - 16 S. 6/ 6